

Wir, die Regional- und Kommunalpolitikerinnen und -politiker der EVP,

1. fordern die Russische Föderation auf, ihre grundlose und ungerechtfertigte Invasion der Ukraine unverzüglich zu beenden und alle militärischen und paramilitärischen Kräfte und Verwaltungsbediensteten aus den besetzten ukrainischen Gebieten abzuziehen; betonen, **dass kein von den Besatzungsmächten ernannter Bürgermeister, Stadtrat oder lokaler „Vertreter“ anerkannt wird**; begrüßen die vollständige Aussetzung des Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Russland sowie die neue Strategie, neue Visa nur im Einzelfall auszustellen;
2. begrüßen das Einfuhrverbot für russische Kohle nach Europa und unterstützen die Forderung nach einem Einfuhrverbot für russisches Erdgas und Erdöl; unterstützen angesichts der sprunghaft steigenden Energiepreise uneingeschränkt die Bemühungen der EU um eine Stärkung ihrer Energieunabhängigkeit;
3. verstehen voll und ganz die Unzufriedenheit der durch die anhaltenden Krisen irritierten Bürgerinnen und Bürger, die voller Sorge ihrer nächsten Stromrechnung entgegensehen. Unsere Familien und unsere Unternehmerinnen und Unternehmer erwarten konkrete Lösungen für diese dringenden Probleme; fordern deshalb eine wirksamere Nutzung von EU-Investitionen zur Förderung der Erzeugung und des Verbrauchs erneuerbarer Energien, umweltfreundlicher öffentlicher Verkehrsmittel, der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude, der lokalen Energiespeicherung und der Forschung und Innovation im Bereich der CO₂-armen und nachhaltigen alternativen Kraftstoffe;
4. **fordern direkte Mittel für lokale und regionale Gebietskörperschaften, die Projekte zur Beschleunigung der Energiewende im Einklang mit dem REPowerEU-Plan durchführen**, sowie eine EU-weite faire Lösung für eine Preisobergrenze für Energie, bei der keine Region, Stadt oder Gemeinde zurückgelassen wird; fordern zudem eine Lösung für Lebensmittelknappheit und hohe Lebensmittelpreise, um die Ernährungssicherheit in den Regionen und Städten der EU zu gewährleisten;
5. bekunden unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, indem wir bei der Bereitstellung von Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine sowie für die Bürgermeister und regionalen Gebietskörperschaften an vorderster Front stehen; **bestätigen unsere Forderung, den Städten und Regionen der EU direkten Zugang zu EU-Mitteln für Migration und Integration zu gewähren**; rufen die Europäische Kommission auf, einen Vorschlag für eine Überarbeitung des Einsatzes von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (CARE) vorzulegen sowie kurz- und mittelfristige Lösungen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU zu erwägen;
6. unterstützen uneingeschränkt den Kandidatenstatus der Ukraine und der Republik Moldau und erkennen die europäische Perspektive für Georgien an; **sind weiterhin entschlossen, den Wiederaufbauprozess in der Ukraine von der Basis aus zu unterstützen**, auch durch die Europäische Allianz der Städte und Regionen und durch die Wiederbelebung von Partnerschaften als Mittel für den Austausch von Wissen in den Bereichen nachhaltige Stadtentwicklung, lokale Demokratie,

Innovation sowie für die Schaffung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und die Förderung neuer Investitionen;

7. **treten für eine Union ein, die durch die Unterstützung von Innovation auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen in ihre Zukunft investiert; bekräftigen unsere Entschlossenheit, innovationsorientierte Strategien und wirksame Investitionen in Innovation und Forschung zu fördern**, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die lokale Wirtschaft zu unterstützen; rufen in diesem Zusammenhang zu interregionaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf;
8. verurteilen den Krieg Russlands in der Ukraine als vorsätzlichen Angriff auf die Demokratie, durch den Angst und Panik unter den Menschen und in den lokalen Gemeinwesen geschürt werden soll; betonen abschließend, dass vor dem Hintergrund des Kampfes für die Freiheit in der Ukraine **die Grundwerte der EU, die im Mittelpunkt der Überzeugungen der EVP stehen, stärker verteidigt und gefördert werden müssen**: Rechtsstaatlichkeit, Souveränität, Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Schutz unserer europäischen Lebensweise.